



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 21.12.2009

Beginn: 16:10 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Bode
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Dullenkopf
Herr Stadtrat Funk
Frau Stadträtin Goeth
Herr Stadtrat Hagel
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Heinkele
Herr Stadtrat Herzhauser
Frau Stadträtin Kapfer
Herr Stadtrat Keil
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Dr. Schmid
Frau Stadträtin Sonntag
Herr Stadtrat Späh
Herr Stadtrat Walter
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Wiest
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Boehm, Personalrat	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt	
Herr Buchmann, Kulturamt	Ab TOP 3
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Herr Kopf, Hochbauamt	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Maier, Personalstelle	TOP 2
Herr Merkle, Baubetriebsamt	Bis TOP 2
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	
Herr Pfab, Dollinger Realschule	Ab TOP 2
Frau Pfisterer, Rechnungsprüfungsamt	
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Herr Schulze, Liegenschaftsamt	
Herr Simon, Hauptamt	Bis TOP 2
Frau Spieler, Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft	TOP 4
Herr Stiehle, Tiefbauamt	Bis TOP 5
Frau Voss, Stadtmarketing	TOP 2
Herr Walz, Gebäudemanagement	
Herr Erster Bürgermeister Wersch	

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Biberach für das Haushaltsjahr 2010 Änderungen des Entwurfs und endgültige Festsetzung	260/2009
3.	Einziehung des Feldweges Nr. 243 im Gewann "Burgzeil", Gemarkung Stafflangen Bericht von der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie des Landwirtschaftsamtes	212/2009
4.	Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft - Wirtschaftsplan 2010	245/2009
5.	Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach für das Wirtschaftsjahr 2010	258/2009
6.	Änderung der Miet- und Nebenkosten, der Ermäßigungen sowie der Miet- und Benutzungsordnungen für städtische Hallen und Plätze	230/2009 + 230/2009-1
7.	Bekanntgaben	
8.	Verschiedenes	
8.1.	Bebauungsplan Radgasse/ Consulengasse – Bericht des Wochenblatts	
8.2.	Christkindlespost und Matthias-Erzberger-Schule	
8.3.	Gebührendiskussion Bruno-Frey-Musikschule	
8.4.	Kosten Mensaessen	
8.5.	Terminierung Schützenfest	
8.6.	Schlussworte des ersten ehrenamtlichen OB-Stellvertreters	

Die Mitglieder wurden am 10.12.2009 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 17.12.2009 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend, die Fragen stellen möchten.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 260/2009 zur Beschlussfassung vor. Grundlage der Beratung ist ebenfalls der Entwurf des Haushaltsplans 2010, der dieser Niederschrift nicht beigefügt ist. Der Gemeinderat wurde ordnungsgemäß zur Sitzung einberufen.

Auf Frage von OB Fettback verzichtet der Gemeinderat auf das Verlesen der Haushaltssatzung.

OB Fettback führt aus, auf Grund der sich abzeichnenden Rahmenbedingungen sei die Aufstellung des Haushaltsplans nicht einfach gewesen. Die Fraktionen hätten großen Diskussionsbedarf bezüglich der Verwaltungsvorschläge und eigene Ideen gehabt. Man habe den Entwurf in den Vorberatungen intensiv diskutiert und jeder habe Zugeständnisse machen müssen. Absicht der Verwaltung sei es gewesen, ein Signal zu senden, dass die Lichter noch nicht ausgingen und man daher keinen Sparhaushalt vorlege. Man habe aber mit bestimmten Konsolidierungsmaßnahmen ein Signal setzen wollen, was gelungen sei. Dies müsse man sich vergegenwärtigen. Man habe auch in den vergangenen Jahren eine hervorragende Politik betrieben, die rechtzeitig Vorsorge getroffen und den Haushalt konsolidiert habe. So seien diverse Maßnahmen vorgezogen worden und man habe bewusst als Risikomanagement aus dem Ergebnis der letzten Klausurtagung Rücklagen gebildet. In der Gesamtabwägung liege ein Haushaltsplan vor, der nach wie vor toll sei. Er enthalte sehr bedeutende Investitionsmaßnahmen wie den Neubau der Realschule, der in den Vorberatungen nicht einmal angesprochen worden und unstrittig sei. Auch dies zeichne Biberach aus, dass die wirklich wichtigen Dinge immer auf den Weg gebracht würden im Sinne des Erhalts einer zukunftsfähigen Stadt. Bezüglich eines Punktes weiche er von der üblichen Praxis ab und stelle einen Antrag, der in den Vorberatungen keine Mehrheit gefunden habe, mit Abweichungen erneut. Es betreffe die Stelle Personalentwicklung. Diese Stelle sei ihm und der Verwaltung ein ganz wichtiges Anliegen. Ein Stück weit gehe es um die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadtverwaltung. Mit professioneller Personalentwicklung könne man qualitative Mitarbeiter halten, Freistellungsmerkmale gegenüber Konkurrenzunternehmen im öffentlichen Dienst schaffen und die Stadtverwaltung als Arbeitgeber zukunftsfähig machen, was auch für die Gewinnung neuen Personals wichtig sei. Er trägt den **Antrag** vor:

- " 1. Die Stelle Personalentwicklung wird in den Stellenplan 2010 aufgenommen und dotiert.
2. Sie erhält einen Sperrvermerk, darf somit bis zu dessen Aufhebung durch den Gemeinderat nicht besetzt werden.
3. Im ersten Quartal 2010 wird die Verwaltung berichten, ob eine mittelfristige Personalkostenkompensation für die neue Stelle durch einen kw-Vermerk an anderer Stelle ("künftig wegfallend") vorgeschlagen werden kann, der die neuen Personalkosten voll, aber möglicherweise erst zeitversetzt abdeckt. Gelingt der Vorschlag eines solchen kw-Vermerks, beantragt die Verwaltung dann die Aufhebung des Sperrvermerks für die Personalentwicklung."

Dann zitiert er Mahatma Gandhi: "Mögen wir Visionen haben, unseren Träumen zu folgen, die Weisheit, unsere Bestimmung zu finden, und den Mut, zu verändern."

Man habe einen Haushalt mit Visionen. Weichheit sei in ihm enthalten durch die Rücklagenbildung und Ähnliches. Mut zu Veränderungen habe man auch bewiesen, was der Investitionshaushalt zeige. Er finde sich daher im Haushalt wieder und werde dies durch seine Abstimmung dokumentieren.

EBM Wersch führt aus, die in den Vorberatungen erfolgten Verschiebungen seien nicht gravierend, sondern machten letztlich nur Veränderungen von 700.000 – 800.000 Euro aus. Das Zahlenwerk sei im Laufe der Beratungen also nur marginal verändert worden und der Haushaltsentwurf habe im wesentlichen Zustimmung gefunden. Änderungen habe es durch die Parkgebührenerhöhung gegeben, bei denen man nach dem Mehrheitsvorschlag weniger Mehreinnahmen in der Größenordnung von 300.000 Euro verzeichne. Beim Schul- und Kulturbudget seien ebenfalls Veränderungen vorgenommen worden und ersteres weniger gekürzt worden. Beim Kulturbudget habe sich die Mehrheit entschieden, im Museum auch die zweite Sonderausstellung durchzuführen, was Mehrkosten von ca. 33.000 Euro verursache. Weitere Veränderungen gebe es beim Winterdienst und durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das zu höheren Gewerbesteuerumlagen führe, nämlich zu 136.500 Euro mehr als erwartet. Die Grundsteuerhebesätze habe man nicht verändert, was mit 1,4 Mio. Euro deutlich zu Buche geschlagen hätte. Die mittelfristige Finanzplanung zeige, dass der Gemeinderat im Grunde die Verwaltungsmeinung teile, sprich dass man 2010 abwartend vorgehe und die Aktivitäten nicht ausdehne aber auch nicht völlig einstelle. Die Reduzierungen beim Straßenbau und bei Sanierungen seien wie von der Verwaltung vorgeschlagen geblieben und machten bis zum Ende des Prozesses 3,5 Mio. Euro aus.

Zur Bewertung der Chancen und Risiken bis 2013 führt er aus, in den Jahren 2000 bis 2008 habe man ein Plus von 3.500 Stellen in der Arbeitsplatzentwicklung verzeichnet. Momentan müsse man schon mit einer Stagnation zufrieden sein. Ein Risiko des Stellenabbaus sei daher greifbar und hätte Konsequenzen auf die Situation der Menschen in der Stadt und auch auf die Kreisumlage. Die geplanten Steuereinnahmen mit 45 – 50 Mio. Euro stellten eine anspruchsvolle Planung dar und seien absolut gesehen ein hoher Wert. Hier lägen Chance und Risiko eng beieinander. Ein stabilisierender Faktor stelle das größte Unternehmen vor Ort dar, viele andere Unternehmen hätten aber große Probleme.

Zur Einkommenssteuer führt er aus, die Erwartungen gingen deutlich zurück und man habe eingeplant, dass die Pendlerpauschale und Ähnliches zurück gehe, weshalb diese Position eher kein zusätzliches Risiko beinhalte. Zu den Grundsteuereinnahmen führt er aus, in der Entwicklung bis 2010 verzeichne man nochmals einen Sprung von 2012 auf 2013. Er weist darauf hin, dass man mit diesem Hebesatz immer noch weit hinter dem Landesdurchschnitt von ca. 360 Prozentpunkten liege. Stuttgart habe zuletzt 520 Prozentpunkte beschlossen. Diese Position stelle eine Chance für den Haushaltsplan dar, wieder ins Plus zu kommen.

Bezüglich der Personal- und Sachkosten sei allen klar, dass man sich ein Stück weit vorsichtig verhalten müsse und Selbstbeschränkung erforderlich sei, insbesondere was die Sachkosten betreffe. Sofern externe Forderungen wie von ver.di sich durchsetzten, könne man die Entwicklungslinie nicht halten. 2008 und 2009 habe man ordentliche Abschlüsse gehabt, weshalb im Grunde momentan keine Not für weitere Erhöhungen bestehe. Wenn dann das Geld auch noch in LOB fliesse, sei dies angesichts der sich hieraus ergebenden Probleme nicht erfreulich.

Abschließend stellt er fest, sofern die Entwicklung bis 2013 wie eingeschätzt verlaufe, könne man zufrieden sein und Biberach wäre nach wie vor gut positioniert. Er dankt für die konstruktiven Beratungen. Es wird applaudiert.

Als erster äußert sich StR Dullenkopf für die CDU-Fraktion wie folgt: " Verehrte Anwesende, beginnen möchte ich mit der Stellungnahme zum nun wiederholt modifizierten Antrag auf die Einrichtung einer Stelle zur Personalentwicklung. Die CDU-Fraktion hat schon in der Ausschussbera-

tung zum Stellenplan deutlich gemacht, dass sie die Wichtigkeit der Aufgaben einer solchen Person sehr wohl sieht und dass wir davon ausgehen, dass vieles, was in der entsprechenden - übrigens nichtöffentlichen - Vorlage als Tätigkeitsfeld beschriebenen Aufgaben auch heute schon im Hause geleistet wird. Wir bleiben aber dabei, dass wir für das Jahr 2010 - außer den schon in 2009 zugesagten - keine neuen Stellen genehmigen werden. Wenn die Verwaltung dem Gemeinderat im Jahr 2010 einen Deckungsvorschlag im Stellenplan benennt, werden wir der Einrichtung dieser Stelle zustimmen. Dieses geschieht, sobald der Deckungsvorschlag umgesetzt werden kann. Und nicht „mittelfristig“ oder ähnlich, was durchaus in einigen Jahren sein kann. Der in einem Antrag vorgeschlagenen „Befristung“ könnten wir schon deshalb nicht zustimmen, weil es sehr unwahrscheinlich wäre, dass eine so qualifizierte und somit unserer Meinung nach erfahrene Kraft sich auf das Risiko einlasse, nach wenigen Jahren nicht mehr die Tätigkeit ausüben zu können. Einer Regelung über einen „KW-Vermerk“ stimmen wir nicht zu, weil die Wirkung für das Jahr 2010 bei den Personalkosten genau so wäre, wie wenn es den Vermerk gar nicht gäbe.

Nun zum Haushalt generell: Wir haben in den letzten Jahren Haushaltsberatungen hinter uns gebracht, die weniger intensiv und kontrovers geführt werden mussten, als dieses in den vergangenen sieben Wochen geschehen ist. Woran lag das? Es lag unter anderem daran, dass die CDU-Fraktion eine Generallinie verfolgte, die mit der der Verwaltung in einigen Punkten nicht deckungsgleich war. Die Verwaltung wollte, dass der Gemeinderat im nächsten Jahr sich so verhalten sollte, als ob sicher sei, dass die negativen Prognosen für 2010 schon tatsächlich eingetroffen seien. Wenigstens in den Teilen, die Erhöhungen von Steuern und Gebühren betreffen sollten. Unsere Position war aber und ist: Für 2009 Beschlossenes muss zu Ende gebracht und das Jahr 2010 muss abgewartet, beobachtet werden. Themen, die nicht schon bisher eine Rolle spielten, werden nach Möglichkeit im Jahr 2010 nicht angegangen wenn sie Geld kosten, wie zum Beispiel eine neue Stelle für Personalentwicklung.. Wenn sich im Jahr 2010 zeigen sollte, dass die Prognosen richtig sind, müssen für den Haushaltsplan 2011 die notwendigen Entscheidungen getroffen werden. Und dann muss vermutlich ans Eingemachte gegangen werden. Es ist dann nicht mehr nur richtig, keine neuen hohen Kosten verursachenden Projekte einzuführen - wie zum Beispiel die Einführung von Zuschüssen bei allen möglichen Leistungen wie beim Mensaessen an alle oder der Einstieg in einen städtischen Mietwohnungsbau mit dem Ziel, kostengünstige Mieten anbieten zu können. Es muss dann auch an die Kostenstelle herangegangen werden, die uns Jahr für Jahr finanziell mehr belastet: Nämlich an den Verwaltungshaushalt. Ich habe für die CDU-Fraktion schon in der 1. Lesung zum Haushalt erklärt, dass wir aber nicht „in vorseilendem Gehorsam“ dieses schon jetzt einfordern werden, sondern erst dann, wenn wir Gewissheit haben, dass die Verschlechterungen tatsächlich eingetreten sind. Wir haben es deshalb nicht mitgetragen, dass die Grundsteuern schon ab 1.1.2010 erhöht werden. Da wir hier nur die Unterstützung der FDP hatten, konnten wir uns in diesem Punkt leider nicht durchsetzen.

Zu dem 2. Bereich, in dem die Verwaltung plante, ca. 1,5 Mio. Euro mehr einzunehmen, nämlich bei den Parkgebühren, habe ich die Fraktionsmeinung in der 1. Lesung vorgetragen: Keine Veränderungen bei den Garagen, moderate Erhöhungen bei den oberirdischen Parkmöglichkeiten. Als wir erkennen mussten, dass - falls wir auf dieser Position verharren würden - sehr große Erhöhungen auf die Bürger zu kommen würden, gingen wir mit den FW/UB und der FDP Kompromisse ein, die unser oberstes Ziel, weiterhin eine deutliche Lenkungsfunktion - hin zu den Garagen, nicht aus den Augen verlieren ließ. Wer sieben Stunden in der Garage parkt, zahlt wie bisher drei Euro, da die erste Stunde weiter kostenlos ist. Für die 8. und 9. Stunde kommt dann insgesamt nochmals 1 Euro bis zum Höchstsatz von vier Euro dazu. Sehr strapaziert wurde unsere Kompromissbereitschaft bei den Veränderungen der Takte im oberirdischen Bereich. Nach unserem Emp-

finden sind die Gebühren in der Zone 1 mit 1 Euro 20 Cent und in der Zone 2 mit 80 Cent in der Stunde im obersten Bereich des Zumutbaren. Mit uns gibt es in den nächsten Jahren höchstens eine Reduzierung, sollte eine Veränderung versucht werden. Die jetzige Lösung verstärkt noch die Lenkungsfunction und bringt der Stadt als Nebeneffekt auch noch mehr als 300.000 Euro ein. Die gedankliche Koppelung der Mehreinnahmen durch die Parkgebühren mit den Sanierungskosten der Tiefgarage Museum ist für uns nicht logisch. Es sind ja nicht die Nutzer, also die, die in die Garagen müssen, die hier einen alleinigen oder überwiegenden Vorteil haben. Nein: Wir alle, die Anwohner, die Gewerbetreibenden, die Fußgänger, die weniger durch den Suchverkehr belastigt werden, die Fahrradfahrer, die weniger durch den Parksuchverkehr behindert oder gefährdet werden, wir alle haben einen Vorteil davon und die wenigsten würden sich an den Kosten beteiligen. Es macht genau so wenig Sinn, wie wenn wir die Grundsteuererhöhungen mit dem Neubau eines Feuergerätehauses koppeln würden. Es gibt eben Maßnahmen, die, wenn sie anstehen, erledigt werden müssen und nicht dann, wenn ein bestimmter Betrag angespart ist.

Bei den Ausschussberatungen hat die CDU-Fraktion durchaus auch anderen Fraktionsanträgen zugestimmt, wenn der Antrag in unsere Generallinie passte. Beispiel: Die SPD hat den Antrag gestellt beim Museum einen automatischen Türöffner einbauen zu lassen. Dieser Antrag war schon vor einem Jahr gestellt worden und wurde gegen unsere Stimmen angenommen. Da wir der Meinung sind, dass für 2009 Genehmigtes durchgeführt werden muss, haben wir dem SPD-Antrag nun zugestimmt. Nicht weil wir unsere Meinung zur Sinnhaftigkeit des Antrags geändert hätten, sondern weil es einfach konsequent im Sinne unserer Generallinie ist.

Die gleiche Konsequenz war auch Hintergrund unserer Anträge für den Ortsteil Ringschnait, in der Turn- und Festhalle die Beschattung der Oberlichtfenster – so wie für 2009 beschlossen – nun auch tatsächlich vorzunehmen. Diesem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt, wie auch dem Antrag, den Spielplatz „Im Grumpen“ im Jahr 2010 herzustellen. Jetzt muss dieses geschehen, wo aktuell 19 Kinder unter 6 Jahren leben und nicht erst in ein paar Jahren, wo diese Kinder keinen Spielplatz mehr brauchen, sondern einen Bolzplatz.

Der CDU-Antrag zum Neubau eines „Gemeinschaftshauses in Rißegg – in der 1. Lesung ausführlich wiedergegeben und danach nochmals modifiziert – wurde insofern einvernehmlich beschieden, als die Verwaltung zugesagt hat, im 3. Quartal 2010 die entsprechenden Gespräche mit den Beteiligten zu führen. Realisierungsziel bleibt der Zeitraum 2012/2013. Der SPD stimmen wir ausdrücklich zu, wenn sie fordert, dass der Kindergarten St. Nikolaus vordringlich keinen Anbau erhalten soll. Dagegen soll im Neubaugebiet Talfeld 3 / 4 eine Kinderkrippe – evtl. mit Kindergarten – gebaut werden. Auf dem Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte und zwar östlich der Bahnlinie ist dieses unserer Meinung nach der richtige Standort. Dabei müssen wir in Zukunft verstärkt darauf achten, dass solch ein Bau so konzipiert wird, dass bei Bedarf auch eine andere Nutzung erfolgen könnte. Unabhängig davon muss unser Augenmerk schon in den nächsten Monaten darauf gerichtet werden, ob unsere vorhandenen Kindergärten – rein baulich – für die neuen Aufgaben gerüstet sind. Für die Betreuung unter Dreijähriger müssen bestimmte Mindestanforderungen erfüllt sein.

Unser Antrag, die schon für das Jahr 2009 genehmigte Parkplatzsituation beim Rathaus in Staf-flangen auch tatsächlich zu verbessern, wurde abgelehnt. Eine große Mehrheit fand dagegen unser Antrag, das Schulbudget nicht so wie von der Verwaltung vorgeschlagen zu kürzen. Dem Antrag der FDP, in 2010 wie vorgesehen eine zweite Sonderausstellung durchzuführen und diese nicht zu streichen, stimmten wir zu, so dass es dafür eine Mehrheit gab. Viele der insgesamt 155 von den Fraktionen eingebrachten Anträge und Anfragen konnten aufgrund der schriftlichen Antworten der Verwaltung als erledigt abgehakt werden oder wurden in den Ausschusssitzun-

gen abgearbeitet. Dass dieses so schnell erledigt werden konnte, verdanken wir Frau Appel und ihrer Mannschaft. Die 155 Anträge und Anfragen mussten in kürzester Zeit zugeordnet, verschickt, wieder eingesammelt, bewertet, geschrieben und uns dann zur Beratung zugeschickt werden. Unser Dank gilt auch den Ämtern, die diese Zuarbeit geleistet haben. Die gesamte Verwaltung, vom Dezernenten bis zum Azubi hat hier sehr gut funktioniert und somit mitgewirkt, dass es uns heute möglich ist dem Haushaltsplan für das Jahr 2010 und somit der Haushaltssatzung zuzustimmen." (Applaus)

Für die SPD-Fraktion nimmt StRin Kübler mit folgender Rede Stellung: " Sehr geehrte Damen und Herren, hatten die Kommunen bundesweit 2008 ein Steueraufkommen von insgesamt 77 Mrd. Euro, so wird 2009 mit einem Aufkommen von nur noch 69 Mrd. Euro und 2010 mit lediglich 66,5 Mrd. Euro gerechnet. Die Kommunen leiden derzeit unter enormen konjunkturbedingten Ausfällen bei der Gewerbesteuer. Dies ist aber nur ein Vorgeschmack auf die möglichen Konsequenzen einer Abschaffung dieser wichtigen lokalen Einnahmequelle. „Die Gewerbesteuer bleibt unangetastet, daran werden wir in keiner Weise rütteln“, so die Worte Frau Merkels noch dieses Jahr beim Deutschen Städtetag. Der Haltbarkeitswert dieses Versprechens kann in Frage gestellt werden, denn die ersten Eingriffe sind für 2010 bereits beschlossen. Die Hinzurechnung von Immobilienmieten hat eine Absenkung der Gewerbesteuer von 65 auf 50 % zur Folge. Es müssen alle Verbände aufpassen, und darauf hoffen wir, dass die Länder und der Bund ihre begierigen Finger von der Gewerbesteuer lassen. Bei sinkenden Gewerbesteuereinnahmen stellen sich Kommunen unweigerlich auf einen Sparkurs ein. Das ist für den Bürger die schlechte Nachricht. Sie bieten aber auch gleichzeitig die Chance, neue Weg zu beschreiten und Visionen zu entwickeln. Und genau in diese Richtung gehen die Anträge der SPD-Fraktion. Was diesen Teil betrifft, sind wir mit dem Ergebnis der Haushaltsplanberatungen zufrieden. Eine Hauptaufgabe liegt in Kindergärten und Schulen Und wieso, werden wir sofort gefragt? Folgende Zahl hat uns darin bestätigt: Bundesweit melden sich jährlich 80 000 Jugendliche ohne Schulabschluss bei den Arbeitsagenturen. Auch Biberach ist davon betroffen. Um sie nicht zu Langzeitarbeitslosen von morgen zu machen, ist Handeln angesagt. „Mehr Kraft in die Familienförderung „ lautet eine Aussage der neuen Bundesregierung. Die Biberacher SPD-Fraktion kann dies nur unterstreichen, doch mit dem Unterschied, dass wir damit die Kinder im Blick haben und die Bundesregierung die Eltern. Kindergeld- und Kinderfreibetragerhöhung helfen den Kommunen nicht beim Ausbau von Schulen und beim Ausbau der Betreuung in Kindertagesstätten und Kindergärten. Im Gegenteil, sie entziehen dem Land und den Kommunen neun Milliarden Euro und ausgerechnet in diesen beiden Bereichen gibt es auch die meisten Streitpunkte zwischen Land und Gemeinden. So bleibt die Finanzierung jeglicher notwendiger Veränderungen im Betreuungs- und Bildungsbereich wieder den Kommunen überlassen.

Auf unseren Antrag hin, Bildungshäuser zu schaffen, die Kinderbetreuung und Grundschulen unter einem Dach integrieren, hat die Verwaltung für Anfang 2010 eine Grundsatzdiskussion zugesagt. Die Chance energetische und funktionelle Neubaulösungen zu erreichen, die auch ein optimales pädagogisches Arbeiten ermöglichen, sollten wir nutzen. Aufwendige kostenintensive Sanierungen führen nur zu halbherzigen Verbesserungen, ganz abgesehen von einer der damit einhergehenden unzureichenden CO₂-Bilanz.

Eine weitere Baustelle ist das Realschulprojekt. Ein immenser finanzieller Kraftakt, den wir gerne mittragen. Zum einen erhält die Realschule endlich entsprechend ihrer Schülerzahl ausreichend Räumlichkeiten und zum anderen setzen wir ein Zeichen in Richtung Biberacher Hochschule, deren Standort es weiterhin zu sichern gilt. Auch hier zieht sich die Landesregierung immer mehr aus ihrer Verpflichtung heraus. Der Neubau erfordert aber auch eine hohe Dialogbereitschaft der

Verwaltung gegenüber den Vereinen, denn es geht hier nicht nur um Schulräume sondern auch um wegfallende hoch frequentierte Sport- und Freizeitplätze. Ganz großen Wert legen wir auf einen schnellen Einstieg in die konkrete Planung und den Bau der Ersatzsportflächen. Wir werden die Zusage der Verwaltung, die Vereine von Beginn an einzubinden, kritisch begleiten.

Unser Antrag, das Mensa-Essen mit einer entsprechenden Subventionierung seitens der Stadt auf 2,50 Euro zu senken, fand keine Zustimmung. Die Begründung der CDU, dass sie ein Gießkannenprinzip grundsätzlich ablehnen, stößt bei uns auf Unverständnis, denn bei der Subventionsfrage zu den Parkgebühren spielte die Gießkanne keine Rolle. Es ist bemerkenswert, dass in diesem Gremium leichter Mehrheiten zu finden sind, für die Bereitstellung von Geldern für Wieland-Projekte oder kostengünstigem Parken. Und wer die Hoffnung auf die FDP setzte, wurde auch enttäuscht. Jahrelang forderten sie regelmäßig die Senkung der Mehrwertsteuer für Artikel, die zu den Grundbedürfnissen des Lebens gehören. Jetzt, wo sie endlich ihre Forderung umsetzen könnten, erklären sie das Hotelgewerbe zu den Grundbedürfnissen des täglichen Lebens, denen ein Mehrwertsteuerprivileg zuerkannt wird. Nun, die ersten Ergebnisse des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes hinterlassen eh den Eindruck, dass damit Villen auf Teneriffa finanziert werden und nicht der Geldbeutel der kleinen Leute.

Unter Familienförderung, bei diesem Thema waren wir stehen geblieben, verstehen wir auch die Einführung eines Stadtpasses. Was wir nicht wollen, ist eine Sozialkarte, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister. Wir sollten uns von diesem Begriff verabschieden. Ein Stadtpass ist keine neue Erfindung. Die Stadt Ravensburg bietet z.B. eine Familienkarte an, zu deren Umsetzung auch die örtlichen Unternehmen mit ins Boot geholt wurden. Also ein Marketingobjekt – so wie wir es uns auch vorstellen. Wir denken, mit etwas gutem Willen kann diese Thematik bereits im Jahr 2010 gelöst werden.

Obwohl in vielen Punkten der Haushaltsplanberatungen Konsens herrschte, gibt es doch ein paar mehrheitlich beschlossene Maßnahmen, die wir so nicht akzeptieren können und die für einige Fraktionskolleginnen und -kollegen Grund genug sind, sich vorzubehalten, dem Haushaltsplan zuzustimmen. Das sind:

1. Die beschlossene Schulbudgetkürzung. Für uns ist es ein Verstoß des Budgetgedankens. Ganz abgesehen davon, dass es wieder eine Kürzung im so wichtigen Bildungsbereich ist.
2. Die Gebührenerhöhungen in den Kultureinrichtungen, wie Museum, Musikschule und VHS. Sie werden in einer Zeit erhöht, in der eine hohe Unsicherheit in unserer Bevölkerung herrscht. Die Menschen, die nun über ein Jahr lang in Kurzarbeit verharren mussten, können immer noch nicht aufatmen. Sie haben weniger Geld in der Tasche und stehen in vielen Bereichen vor höheren Ausgaben. Und die Überlegungen der Bundesregierung zur Streichung der Zuschläge für Sonntags- Nacht- und Feiertagsarbeit lassen auch für viele nichts Gutes ahnen.
3. Auch erhalten die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Biberach kein Mitteilungsblatt. Eine Ungleichbehandlung gegenüber den Ortsteilen, die, wäre es umgekehrt, hohe Wogen der Empörung geschlagen hätte.

Das Mitteilungsblatt erfordert einen Redakteur. Für diese neu zu schaffende Stelle konnten wir leider keine Mehrheiten gewinnen, obwohl eine Kompensierung der erforderlichen Mittel zum großen Teil vorhanden ist.. Die von uns als ebenso wichtig eingestufte Stelle eines Integrationskoordinators wird erfreulicherweise zunächst von Sponsoren finanziert.

Die Forderung der Verwaltung nach einer Personalentwicklungsstelle können wir nachvollziehen. Nicht nachvollziehen können wir die Abwehrhaltung von CDU/FW und FDP. Gerade von diesem

Flügel wird doch ständig eine straffere Organisation gefordert. Dienstleistung und Bürgerservice nimmt einen immer höheren Stellenwert ein. Schaut man auf die zurückgehenden Bewerbungen der letzten Ausschreibungen, so ist eine Personalentwicklungsstelle schon längst überfällig. Kein wirtschaftliches Unternehmen würde auf diese Stelle verzichten wollen. Wichtig für uns ist, dass diese Stelle mit entsprechenden Kompetenzen und Entscheidungsbefugnissen ausgestattet wird, um auch tatsächlich etwas bewegen zu können. Eine Zwischenbilanz anhand eines Rechenschaftsberichtes nach zwei Jahren zu ziehen, ist ganz in unserem Sinne, sowie wir auch eine Befristung befürworten. Unserem Vorschlag, zur Kompensierung hierfür eine weitere kw-Stelle auszuweisen, fand während der gesamten Stellenplan-Beratung kein Gehör. Nun drei Wochen später bringen die Freien Wähler unseren Gedanken, den sie zunächst vehement abgelehnt haben, schriftlich ein. Eine etwas eigenartige Vorgehensweise, doch wenn es der Sache dient, soll es uns recht sein.

Erfreulich ist, dass in Biberach die Barrierefreiheit weiter ausgebaut wird. Das Museum bekommt nun endlich eine automatische Türöffnungsanlage. Unser Antrag zum Umweltschutz, der weniger Einzelprojekte in Neubaugebieten und in der Innenstadt vorsieht, dafür ein Mehr an Investitionen in Köpfe, soll Anfang 2010 diskutiert werden. Wir lassen eine weitere Verzögerung nicht mehr zu, denn erstens handelt es sich auch um einen Antrag aus dem Jahr 2008 und zweitens sehen wir in der zögerlichen Vorgehensweise zum vorgelegten Energiekonzept im Neubaugebiet Talfeld eine vergebene Chance Richtung Klimaschutz. Hier hätte die Stadt richtig Flagge zeigen können.

Wir ziehen folgendes Fazit aus den Haushaltsplanberatungen: Die vorausschauende Vorsorge in den guten Jahren hilft uns, die diesjährigen Einnahmeeinbrüche zu überbrücken. Die zukünftigen Herausforderungen – gerade auch vor dem Hintergrund von Finanz- und Wirtschaftskrise – sind kein Alleinstellungsmerkmal Biberachs! Mit Mut, Weitsicht und auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir das Zusammenleben in unserer Stadt weiter entwickeln. Danken möchten wir an dieser Stelle allen Biberacher Unternehmern sowie den vielen Steuerzahlern, die es uns mit ihrer Treue zum Standort Biberach ermöglichen, diese Stadt gestaltend und nachhaltig voran zu bringen.

Hinter einer gut funktionierenden Verwaltung stehen immer Menschen. Die SPD-Fraktion bedankt sich ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihr großes Engagement. Wir wünschen Ihnen allen ein besinnliches, friedvolles und entspanntes Weihnachtsfest. Sowie einen guten Start ins neue Jahr. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit."(Applaus)

StR Zügel führt für die Freien Wähler folgenden aus:" Sehr geehrte Damen und Herren, Sinn der Haushaltsberatungen in der zweiten Runde ist es, den Haushalt rechtskräftig zu verabschieden und die Ergebnisse, die sich als Kompromiss, manche sagen zu Recht „Kuhhandel“, in den Ausschussberatungen ergeben haben, zu kommentieren. Allerdings muss bei bestimmten zeitlichen Situationen der Blick in die Zukunft stärker beachtet werden, als nur in der Rückschau Bilanz zu ziehen. Zunächst die Position der Freien Wähler zu dem von meinen Vorrednern angesprochenen Punkt der zusätzlichen Stellen Personalentwicklung. Wohl keine Fraktion hat sich in der Vergangenheit so kritisch zu den hohen Personalkosten im Verwaltungshaushalt geäußert. Gleichwohl haben wir die Wichtigkeit dieser Stelle erkannt und dem OB mit einem Kompromissvorschlag eine Positionsänderung signalisiert. Unsere entscheidende Forderung, die Stellenvermehrung durch künftig wegfallende Stellen zu kompensieren, wurde erfüllt. Wenn auch nicht im Haushalt 2010, aber eben doch später. Sollte die Verwaltung dies nicht bis 31. März 2010 belegen können,

wird der Sperrvermerk nicht aufgehoben, die Stelle nicht besetzt. Sie können mir glauben, selten ist uns so schwer gefallen, einen Kompromissvorschlag zu machen, aber unsere Fraktion wird mehrheitlich diesem spät eingereichten Antrag der Verwaltung zustimmen.

Aber jetzt zur Zukunft. Können wir mit dem Ergebnis der Haushaltsberatungen zufrieden sein? Genau genommen nicht, denn wenn die Übersicht über die Entwicklung der allgemeinen Rücklage der Stadt Biberach bis zum Jahr 2013 als Messlatte dienen soll, dann kommen einige unangenehme Wahrheiten auf den Gemeinderat der Stadt Biberach zu. Der Stand der Rücklage (einschließlich Eigenbetrieb Stadtentwässerung und Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft) beträgt zum Jahresende 2009 noch 99 Mio. Euro. 12 Monate später sind es voraussichtlich nur noch 77 Mio. Euro, also 22 Mio. Euro weniger, und nach 3 Jahren soll das finanzielle Polster sich auf 35,1 Mio. Euro verringert haben. So zumindest die Kalkulation der Finanzverwaltung. Dann wären in dem relativ kurzen Zeitraum von 36 Monaten 64 Mio. Euro oder 2/3 an Substanz verbraucht worden und die Schulden der Eigenbetriebe wären bereits höher als unsere Rücklage. Das ist keine erfreulich Perspektive, wenn die im ganzen Land als so reich bekannte Stadt Biberach ihre Reserve innerhalb weniger Jahre aufgezehrt hätte. Die Rückstellungen dürfen nämlich nicht dazugerechnet werden, dienen die doch der Entlastung der Verwaltungshaushalt und sind in dieser entlastenden Wirkung in der Berechnung der Personalkosten bereits berücksichtigt worden. Das hätte dann nichts mehr mit planmäßigem Abschmelzen von Rücklagen zu tun, da ginge es ans Eingemachte. Die Stadt Biberach rechnet mit einem Gewerbesteueraufkommen von 45-50 Mio. Euro bis zum Jahre 2013, die Ausgaben sind aber auf einem Niveau, als ob das Gewerbesteueraufkommen sich auf 60 Mio. Euro belaufen würde. Diese Lücke ist einfach zu groß, als dass man die seitens des Gemeinderats und der Verwaltung negieren dürfte. Wenn die Gewerbesteuererinnahmen wegen der Leistungsfähigkeit der heimischen Betriebe nicht deutlich über Plan ansteigen, dann muss sich der Gemeinderat und die Verwaltung für eine Kurskorrektur entscheiden. Diese Kurskorrektur ist nur sehr bedingt beim Haushalt 2010 vorgenommen worden. Verbesserte Einnahmen durch höhere Grundsteuern und bedingt durch höhere Parkgebühren, aber keine wirkliche Kostensenkungen, wenn man den erhofften Rückgang der Bewirtschaftungskosten wegen eines unterstellten milden Winters einmal weglässt. Und ob der Winter so milde wird? Außerdem wird manche Instandhaltungsmaßnahme nur hinausgeschoben. Das mag im Einzelfall funktionieren, aber die Kosten dafür holen den städtischen Haushalt unweigerlich wieder ein. Die Kosten im Verwaltungshaushalt müssen in allen Bereichen gesenkt werden, trotzdem steigen die Personalkosten aber unveränderbar. Es müssen zukünftig Schwerpunkte bei den Ausgaben gebildet werden, wenn nicht nach dem Rasenmäherprinzip alle Kosten gekürzt werden sollen. Der Gemeinderat wird sich kritisch fragen müssen, ob alle Leistungen noch im bisherigen Umfang finanzierbar bleiben. Wenn allen Fraktionen die Bereiche Kindergärten und Schulen sakrosankt erscheinen, dann muss die Verwaltung eben Ausgabenbereiche benennen, die gekürzt werden.

Und der Gemeinderat muss sich vor allem mit der Frage beschäftigen, wie diese unangenehme Erkenntnis seinem Bürger vermittelt werden kann. Einem Bürger, der häufig genug zu hören bekam, es gehe der Stadt gut. Diese kommunikative Herausforderung wird Gemeinderat und Verwaltung beschäftigen. Dabei sind wir auf die Qualität der örtlichen Presse angewiesen. Sollten aber Sachverhalte wie jüngst die Anhebung der Musikschulgebühren unzureichend oder falsch berichtet werden, erwartet unsere Fraktion eine energischere Richtigstellung seitens der Verwaltung als dies geschehen ist.

Die Überwachung der Einnahmen und Ausgaben erfordert zwangsläufig eine häufigere Kontrolle der städtischen Gebühren. Zu Recht hat der Gemeinderat auf Antrag der FDP die turnusgemäße Überprüfung alle fünf Jahre beschlossen. Daran hat sich die Verwaltung zu halten. Eleganter und

vermittelbarer ist aber, Gebühren, die viele Bürger betreffen, häufiger einer Überprüfung zu unterziehen. Das Beispiel der Friedhofsgebühren bei einer südlichen Nachbargemeinde zeigt es überdeutlich. Natürlich ist es einem ehrenamtlichen Stadtrat unangenehm, dem Bürger höhere Gebühren erklären zu müssen. Aber noch schlimmer wiegt die Erkenntnis den Zeitpunkt des Handelns versäumt zu haben. Die Bereitschaft dazu, besser die Einsicht in diese Notwendigkeit, können wir bei Teilen des Gemeinderats als dem politisch verantwortlichen Gremium mit Budgethoheit nicht immer erkennen. Deswegen ist die Fraktion der FW/UB mit dem Ergebnis der Haushaltsberatungen auch nicht wirklich zufrieden. Wir gehen davon aus, dass die für den Bürger schmerzhaften Einschnitte in den folgenden Jahren noch kommen werden. So gesehen stimmen wir dem Haushalt 2010 nur halbherzig zu, aber noch stimmen wir zu." (Applaus)

Für die Grünen bezieht StR Weber wie folgt Stellung: "Ich glaube mit dem Ergebnis des Klimagipfels von Kopenhagen ist niemand so recht zufrieden. Es wäre nun müßig mit unserem Lieblingskörperteil „dem Zeigefinger“ auf andere zu zeigen. Die Erderwärmung ist letztendlich ein solch großes Problem, das uns alle in unserer Existenz auf diesem Planeten bedroht. Daher tun wir gut daran in Sachen Ressourcenverbrauch, Energieeinsparung Vorbild zu sein. Gerade als Kommune stehen wir hier massiv in der Verantwortung – auch wird dann unser Vorbild nach unten und oben Beispiel geben. Denn wir haben die Erde nur von unseren Kindern geliehen – geben wir sie doch so weiter, dass unsere Nachkommen auch noch ein lebenswertens Dasein haben dürfen. Dies nennt man nachhaltig oder Verantwortung gegenüber der Schöpfung. Aber wir sind gar nicht so schlecht aufgestellt. Hervorzuheben ist die Agendagruppe Biberach 21, die mit viel bürgerschaftlichem Engagement so manches ins Rollen bringt.

Auch dazu zählt das im Haushalt eingestellte Projekt Energy Award – zusammen mit der Energieagentur soll für alle städtischen Dienststellen, die im Bereich Energie Verantwortung tragen, ein Klimaschutzkonzept erarbeitet werden: Energetische Gebäudesanierung heißt das Gebot der Stunde – und das ist auf jeden Fall ein Schritt in die richtige Richtung. Wir dürfen uns nur nicht zurücklehnen, sondern sollten alles, was unserer Umwelt, in der und von der wir leben, gut tut als eine Aufgabe mit sehr hoher Priorität ansehen. Zu diesem Haushalt haben wir auch an so mancher Gebührenschaube gedreht.

Für unsere Kinder ist uns nichts zu viel, sei es im Kindergarten, im schulischen und sportlichen oder musischen Bereich. Und das ist auch gut so. Da sollten wir die Erhöhung der Gebühren in der Musikschule aufmerksam beobachten. Und falls die Teilnahme aus Kostengründen einbricht, müssen wir bereit sein die Gebühren dementsprechend anzupassen. Denn musische Bildung darf nicht nur für Kinder gutbetuchter Eltern erschwinglich, sondern soll für alle machbar sein. Denn musikalische Bildung fördert auch nachweislich die Fähigkeiten in anderen Bereichen. Mit Gebühren wird gelenkt! Erhöhen wir doch lieber die Abstellgebühren für unsere allzu sehr geliebten Blechkisten nochmals. Dieses Geld kann man dann umweltpolitisch einsetzen. Außerdem verringern wir den CO₂ - Ausstoß deutlich.

Wir brauchen eine lebendige Stadt in der Einkaufen Spaß macht und keine zugeparkten Plätze. Beim Realschulbau haben wir alle mit der energetischen Heizung bereits Flagge gezeigt. Doch können wir auch beim Baustoff weiter in diese Richtung gehen.

Nehmen wir doch heimisches Holz und bauen zukunftsweisend eine Schule aus nachwachsendem Rohstoff.

Dreh- und Angelpunkt im Haushalt sind die Gewerbesteuern. Sie sagen sehr viel über die wirtschaftliche Situation unserer Biberacher Firmen aus. Doch Geld ist nicht alles. An dieser Stelle möchte ich mich bei den Arbeitgebern in der Stadt bedanken, die vielen Menschen zu ihrem Ein-

kommen verhelpen. Denn Arbeit ist ein hohes Gut – denn wer keine hat leidet nicht nur wirtschaftlich.

Was uns Ortsteilen lieb und teuer ist, sollte auch dem Stadtkern recht sein – ein Mitteilungsblättle. Denn was unsere Ortsvorsteher fertig bringen, schafft doch Ihr Dezernatsleiter allemal nebenher – dann bräuchte man keine Redaktionsstelle schaffen. Und sollte die Arbeit doch mal etwas mehr werden, stehe ich zum Beispiel etwas früher auf und mache später Feierabend!

Zur mittelfristigen Finanzplanung habe ich auch noch einige Punkte, die wir sehr bedenken sollten. Nachdem nun die überdimensionierte, flächenfressende Nordwestumfahrung planfestgestellt ist wird sie wohl realisiert – gebaut werden. In den Jahren 2011 /12 /13 sind für den Aufstieg Mettenberg und Ausbau Blosenberg Planungsmittel ausgewiesen. Fürs Jahr 2014 soll dann die millionenverschlingende Realisierung anstehen. Lassen wir's doch mal bei der Nordwestumfahrung bleiben und beobachten in Ruhe, wie sich das Verkehrsaufkommen in Wirklichkeit entwickelt. Denn der größte Blödsinn wär's ja Fläche zu versiegeln und die schonenswerten Rißtalhänge zu opfern für Straßen, die kein Mensch mehr braucht. Oder zu bauen, nur aus Prestige oder weil geplant ist und der zukünftige Bedarf gar nicht mehr vorhanden ist.

Zum Schluss möchte ich mich bei der Verwaltung und allen Gemeinderatskollegen bedanken für die Kompromissbereitschaft und die gute Zusammenarbeit bei den Haushaltsberatungen. Dann bin ich mal gespannt, ob alle diesem Haushalt 2010 zustimmen werden. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit." (Applaus)

Als fünfter im Bunde gibt Stadtrat Funk für die FDP folgende Stellungnahme ab:"Die FDP-Fraktion lehnt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Stadt Biberach für das Haushaltsjahr 2010 ab. Die Verwaltung hat sich bei den Beratungen zum Haushaltsplan 2010 im Wesentlichen durchgesetzt und der eingebrachte Entwurf wurde nur marginal geändert. Unser Nein haben wir bereits zur ersten Lesung des Haushaltsentwurfes angekündigt. Das Verhalten der Verwaltung in der Wirtschaftskrise entspricht in zu vielen Punkten nicht unseren Auffassungen. Wir haben uns dazu in der Gemeinderatssitzung am 16. November deutlich artikuliert und verweisen auf unsere damaligen Aussagen. Lassen Sie uns heute an einigen Punkten die Ergebnisse der Beratungen und unsere Positionen dazu erläutern.

Die Gebührenerhöhungen im Dezernat IV wurden von uns im Wesentlichen mitbeschlossen. Die Gebührenhöhe entspricht nun anderen vergleichbaren Städten. Leider hat sich die Verwaltung in vielen Fällen nicht daran gehalten, die Gebühren spätestens nach fünf Jahren zur Diskussion zu stellen. Dies hat der Gemeinderat so beschlossen, als wir FDP-Stadträte dies beantragt hatten. Für uns hat die Gebührenerhöhung nichts mit der derzeitigen Wirtschafts- und Haushaltslage zu tun, sie war ganz einfach überfällig. Wir schlagen für die Zukunft vor, nicht alle Gebühren zum selben Zeitpunkt zu erhöhen. Hilfreich wäre für die Familien auch, wenn jetzt von der Verwaltung endlich das Konzept für die Bildungs- und Betreuungsgutscheine erarbeitet würde.

Auch bei den Parkgebühren wurde viel zu lange auf die notwendigen Erhöhungen verzichtet. Der beschlossene Kompromiss von CDU, FW/UB und FDP führt zu deutlichen Mehreinnahmen für die Stadt. Für die FDP war es wichtig, dass das Erfolgsmodell „Erste Stunde freies Parken“ weitergeführt wird. Zusätzlich hat die FDP-Fraktion eine kleine Strukturveränderung durchgesetzt. Nach der ersten freien Stunde in den Parkhäusern werden die Gebühren jetzt mit einem höheren Takt, nämlich 24 Minuten, festgesetzt. Dies wird zu zusätzlichen Einnahmen führen und wir halten dies auch für angemessen. Das Ansinnen der Verwaltung, die Mehreinnahmen durch die Parkgebüh-

ren zweckgebunden für die Sanierung der Tiefgarage Museum zu verwenden, lehnen wir ab. Wir haben genug Rücklagen gebildet und glauben auch nicht, dass die Verwaltung ernsthaft die Parkgebühren nach fünf Jahren wieder senken will. Die notwendigen Kapitalerhöhungen der Stadtwerke sind in erster Linie durch das jährliche Defizit der Bäder, also Freibad und Hallenbad, verursacht. Bei voller Verzinsung des gebundenen Kapitals beträgt dieses Defizit zirka 2,5 Mio. Euro inklusive den Abschreibungen.

Die FDP-Fraktion wollte die abgesenkte Grundsteuer bis zum Jahr 2013 belassen und hat das dafür notwendige Geld bei den Rücklagen bereits geistig abgezogen. Mit der Begründung diese Erhöhung für ein neues Feuerwehrhaus zu gebrauchen, hat sich die Verwaltung der emotionalen Schiene bedient. Dies genießt nicht unseren Respekt. Wir kennen die Zielgruppe, die geködert werden soll. Wir FDP-Stadträte wissen seit langem, dass das Feuerwehrhaus nahezu 50 Jahre alt ist und ersetzt werden muss. Dieser Zugriff beim Bürger ohne Not ist einer der Hauptgründe für unsere Ablehnung des Haushaltes. Die früher beschlossene Grundsteuerermäßigung ist nach unserer Auffassung eine Erfolgsdividende für unsere Bürger. Die Stadt Biberach kassiert nun schon nach kurzer Zeit diese Dividende wieder ein.

Zum Straßenkataster:

So lange ein Straßenkataster beschlossen ist, muss es auch umgesetzt werden. Eine Erhöhung der Aufwendungen für die Sanierung der Straßen hätte eventuell noch Sinn gemacht, die Reduzierung mit Sicherheit nicht. Eine Reduzierung ist nicht nur volkswirtschaftlich bedenklich, sondern bei den derzeit niedrigen Zinsen auch betriebswirtschaftlich falsch. Die Verwaltung muss nicht nur die Höhe der Schulden und/oder Rücklagen betrachten, sondern eben auch den Wert ihrer Immobilien und anderer Anlagen. Wir lügen uns in die Tasche, wenn wir uns über Rücklagen freuen und dafür aber Straßen und Häuser vergammeln lassen.

Der FDP-Antrag, die zweite Ausstellung im Museum durchzuführen, war erfolgreich. Die von der Verwaltung vorgesehene Maßnahme war nach unserer Auffassung nicht geeignet, den Haushalt der Stadt Biberach entscheidend zu verändern. Wir bedauern, dass das Schulbudget gekürzt wurde. Wir können dies nicht mittragen. Wir reden seit acht Jahren nicht nur über Bildung, sondern handeln auch danach. Trotz der derzeitigen Wirtschaftskrise werden wir nach den Berechnungen vom Bund der Steuerzahler im Jahr 2009 in Deutschland die dritthöchsten Steuereinnahmen generieren. Für das Jahr 2010 werden die vierthöchsten Steuereinnahmen erwartet. Wir bezweifeln die Ansätze der Verwaltung für den Umsatzsteueranteil und den Einkommensteueranteil. Diese sind nach unserer Auffassung viel zu niedrig.

Der derzeitige Stellenplan wird von uns mitgetragen. Weiteren Stellen stimmen wir nicht zu. Die Haushaltsberatungen haben gezeigt, dass die Verwaltung, aus welchen Gründen auch immer, nicht in der Lage ist, Stellen abzubauen. Die kw-Vermerke betrachten wir als Papiertiger. Die Befristung einer Stelle macht nur manchmal Sinn. Dem heutigen Antrag von OB Fettback wird die FDP-Fraktion nicht zustimmen.

Zur e.wa riss:

Aus der Schwäbischen Zeitung hat der Gemeinderat erfahren, dass die e.wa riss ihre Geschäftsfelder erweitert hat. Bei dem von den FDP-Stadträten bisher abgelehnten Konstrukt Stadtwerke/e.wa riss gehen solche Entscheidungen am Gemeinderat vorbei. Wir übernehmen für diese Entscheidung keine Verantwortung. Im Zuge des Zustandes der Landesbanken von Bayern und Baden-Württemberg machen wir darauf aufmerksam, dass die e.wa riss morgen in das Geschäftsfeld Finanzen einsteigen könnte, ohne dass es der Gemeinderat entscheidet. Die FDP-Fraktion hat

sich deshalb mit der Beteiligung Stadtwerke/e.wa riss erneut befasst und lehnt dieses Konstrukt weiterhin eindeutig ab.

Bei dem derzeitigen Stand an Einrichtungen, die die Stadt Biberach betreibt, geht die FDP-Fraktion davon aus, dass hierfür ein dauerhaftes Gewerbesteueraufkommen von 60 bis 65 Mio. Euro nötig ist. Sollte dieses Aufkommen nach der Beendigung der Wirtschaftskrise nicht zu erzielen sein, wird die Stadt Biberach ganz andere Entscheidungen treffen müssen, als wir sie die letzten Wochen diskutiert haben. Wir sind jedoch zuversichtlich, dass die Stadt Biberach gestärkt aus der Krise hervorgehen wird. Wir haben dabei aber immer im Hinterkopf, dass das eigentliche Problem unserer liebenswerten Stadt die Abhängigkeit von einem Hauptsteuerzahler ist.

Herrn Wersch und Frau Leonhard sagen wir zum Schluss, mit Ihren „Sicherheitsansätzen“ haben Sie es diesmal endgültig übertrieben. Die Mieteinnahmen der Unteren Schranne erhöhen das Ergebnis des Verwaltungshaushaltes allein um fast 300.000 Euro. Diese Mehreinnahmen und die von uns erwarteten Mehreinnahmen beim Einkommensteueranteil und Umsatzsteueranteil werden 1 Mio. Euro übersteigen. Dafür bieten wir Ihnen eine Wette an. Beim Wetteinsatz denke ich an die Grundsteuer. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Applaus)

StRin Kapfer kündigt an, sie könne dem Haushaltsplan nicht zustimmen. Sie sei nicht einverstanden mit der eingeschlagenen Kursrichtung. In Kopenhagen tage der Klimagipfel und in Biberach seien gleichzeitig die Parkgebühren das größte politische Thema. Autos würden enorm subventioniert, gleichzeitig finde aber keine Diskussion statt, die Kosten einzelner für den ÖPNV zu reduzieren. Sie finde den Gemeinderatsbeschluss zu den Parkgebühren nicht gerecht, da er vor allem die auswärtigen Parker nicht an den Kosten der Sanierung beteilige. Zur Personalpolitik führt sie aus, der von einigen Fraktionen gefasste Grundsatzbeschluss, keine neuen Stellen zu schaffen sei kurzfristig. Die Stelle für den Integrationskoordinator sei nur bewilligt worden, da die Wirtschaft weitsichtig agiere und diese Stelle finanziere. Sie stellt eine Ungleichbehandlung der Biberacher Bürger fest, da Bürger in den Ortsteilen ein Mitteilungsblatt hätten, die 25.000 Einwohner der Kernstadt auf diese Art der Information jedoch verzichten müssten. Man müsse sich fragen, wie dieser Personenkreis informiert werde. Einer derartigen Kursrichtung könne sie leider nicht zustimmen.

OB Fettback widerspricht Ausführungen Stadtrat Funks zu kw-Vermerken. Auch eine starke Behauptung nutze nichts. Fakt sei, dass der Gemeinderat eine Aufstellung der kw-Vermerke erhalten habe, die man auch umgesetzt habe. kw-Vermerke seien also keine Papiertiger, sondern man habe 9,25 Stellen auf Vorschlag der Verwaltung in den letzten Jahren umgesetzt, sprich Stellen nicht besetzt.

StR Funk räumt ein, es habe kw-Vermerke gegeben, die umgesetzt worden seien. Wenn jedoch jemand ausscheide und diese Stelle nicht wiederbesetzt werde, müsse man hierrüber nicht reden, sondern dies sei für ihn eine Selbstverständlichkeit.

Auf Frage von StR Wiest nach der Haltung der Verwaltung zum CDU-Vorschlag bezüglich der Stelle Personalentwicklung führt OB Fettback aus, man sehe kaum eine Chance, dem Antrag gerecht zu werden und 2010 eine Kompensation der Personalkosten für diese Stelle zu erreichen. Man könne kein Personal entlassen und sei kein Betrieb, der betriebsbedingte Kündigungen aussprechen könne.

StR Abele stellt klar, man habe nicht an Entlassungen gedacht. Diese seien nicht gewollt. Man sehe jedoch, dass die Personalkosten weit über 20 Mio. Euro betrügen, sodass es möglich sein müsse, einen fünfstelligen Betrag unterzubringen. Er rät der Verwaltung, kreativ zu werden und zu überlegen, wie diese Mittel erwirtschaftet werden könnten. Es handle sich um eine sehr wichtige Stelle. Die Stellenbesetzung könne ohnehin nicht so schnell erfolgen, wenn man jemanden mit Erfahrung suche, da dann Kündigungsfristen zu berücksichtigen seien, weshalb es mindestens ein halbes Jahr dauern werde, bis die Stelle besetzt werden könnte. Die Verwaltung habe in den letzten Jahren erfolgreich gearbeitet, sodass es nicht auf 6 Monate ankommen könne, bis diese Stelle tätig werde.

Herr Simon erwidert, man könne nicht seriös avisieren, dieses Geld einzusparen. Man handele dann nur nach dem Prinzip Hoffnung. Er meint, wenn es nur um die Finanzierung gehe, könnten beispielsweise schon die Tarifverhandlungen helfen.

OB Fettback unterstreicht dies, besser wäre die Anbringung eines KW-Vermerks, da dann politisch entschieden werden könne, welche Aufgaben reduziert werden oder entfallen könnten. Er trägt erneut den Antrag zu dieser Stelle vor, der wie folgt lautet:

- " 1. Die Stelle Personalentwicklung wird in den Stellenplan 2010 aufgenommen und dotiert.
2. Sie erhält einen Sperrvermerk, darf somit bis zu dessen Aufhebung durch den Gemeinderat nicht besetzt werden.
3. Im ersten Quartal 2010 wird die Verwaltung berichten, ob eine mittelfristige Personalkostenkompensation für die neue Stelle durch einen kw-Vermerk an anderer Stelle vorgeschlagen werden kann, der die neuen Personalkosten voll, aber möglicherweise erst zeitversetzt abdeckt. Gelingt der Vorschlag eines solchen kw-Vermerks, beantragt die Verwaltung dann die Aufhebung des Sperrvermerks für die Personalentwicklung."

Der **Antrag** wird mit 15 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und einer Enthaltung (StR Wiest) **angenommen**.

Anschließend stimmt der Gemeinderat über die entsprechend modifizierte Haushaltssatzung ab und fasst mit 4 Nein-Stimmen (StRe Bode, Braig, Funk, Kapfer), 3 Enthaltungen (StRe Abele, Dulenkopf, Dr. Schmid) und 23 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Der Haushaltsplan 2010 der Stadt Biberach wird in der Fassung der Änderungen, die auch das Belassen der Stelle für Personalentwicklung im Stellenplan beinhaltet, festgestellt.**
- 2. Folgende Haushaltssatzung wird erlassen:**

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. den Einnahmen und Ausgaben von je		138.565.000 €
davon im Verwaltungshaushalt	110.397.000 €	
im Vermögenshaushalt	28.168.000 €	

2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigungen) von 0 €

3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von 15.046.000 €

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 3.000.000 € festgesetzt.

§ 3

Die Hebesätze werden festgesetzt:

1. für die Grundsteuer

- a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 300 v.H.**
- b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 300 v.H.**

2. für die Gewerbesteuer auf 330 v.H. der Steuermessbeträge.

- 3. Der Stellenplan wird als Bestandteil zum Haushaltsplan (Anlage 1 zum Haushaltsplan 2010) in der Fassung der Änderungen - Anlage 4 zu Drucksache Nr. 260/2009 – festgestellt. Dies betrifft nicht die Position 1.0200.400 der Änderungsliste, da die Stelle des Personalentwicklers im Stellenplan bleibt. Die Mittel werden jedoch mit Sperrvermerk versehen und die Stelle darf bis zu dessen Aufhebung durch den Gemeinderat nicht besetzt werden.**
- 4. Die Bewirtschaftungs- und Sperrvermerke, wie im Haushaltsplan im einzelnen dargestellt, werden bestätigt.**
- 5. Das Investitionsprogramm der Finanzplanung 2009 - 2013 - wie in Anlage 2 zu Drucksache Nr. 260/2009 dargestellt – wird festgestellt.**

**TOP 3 Einziehung des Feldweges Nr. 243 im Gewann "Burgzeit", Gemarkung
Stafflangen
Bericht von der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie des Landwirt-
schaftsamt**

212/2009

Der Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt und für die nächste Gemeinderatsitzung vorgesehen.

1. Die nachfolgenden Stellungnahmen der Verwaltung zum Vorbringen von Einwendern werden gebilligt und die Verwaltung ermächtigt, ihre Stellungnahmen den Vorbringern mitzuteilen.
2. Nach den Gesamtumständen wird festgestellt, dass der Feldweg Flst. Nr. 243 im Gewann „Burgzeit“ i. S. v. § 7 StrG nicht „entbehrlich“ ist.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, in Verhandlungen mit dem Eigentümer des Flst. 261 die Zustimmung für eine direkte, gradlinige Verbindung der Feldwege 248 und 304 anzustreben.
4. Im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen nach Ziff. 3 die Wiederherstellung des Feldweges Flst. Nr. 243 durchzusetzen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 245/2009 mit dem Wirtschaftsplan 2010 des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Gemeinderat am 7.12.09 vorberaten.

EBM Wersch führt aus, der Eigenbetrieb befinde sich in sicherem Fahrwasser und die vereinbarten Ziele könnten eingehalten werden. Gemeinsam beschäftige man sich mit dem Wohnungsbestand, wie dies die letzten 20 Jahre nicht der Fall gewesen sei. Es seien keine existenziellen Risiken erkennbar. Die geplanten Maßnahmen erhöhten die Akzeptanz, die Werte und die Ertragslage. Er dankt den verantwortlichen Mitarbeitern und bezeichnet den Eigenbetrieb als erfolgreichen städtischen Ableger.

StR Dullenkopf führt aus, die hohe Transparenz werde von vielen im Gemeinderat geschätzt und Nachfragen seien qualifiziert beantwortet worden. Die CDU-Fraktion stimme zu.

StRin Kübler hebt ebenfalls auf die hohe Transparenz und das beachtliche Sanierungsprogramm ab. Das Engagement im energetischen Bereich sei weit überdurchschnittlich, wofür großes Lob gebühre. Die Entwicklung bestätige immer mehr, dass es richtig gewesen sei, den Eigenbetrieb zu gründen. Man hoffe, dass die Entwicklung so fortschreite. Als wichtig bezeichnet sie es, ausreichend Wohnungen für breite Schichten vorzuhalten. Sie äußert den Wunsch, bei Gelegenheit eine kurze Darstellung darüber zu erhalten, ob die vorgehaltenen Wohnungen bedarfsgerecht seien und man auch ausreichend kleine und altersgerechte Wohnungen habe. Sie dankt allen beteiligten Mitarbeitern und signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion.

StR Zügel bezeichnet den Eigenbetrieb als kleinen und sehr feinen Eigenbetrieb mit einer Erfolgsgeschichte. Die Rendite sei für einen Immobilienbetrieb sehr ordentlich, wobei manche aktivierten Positionen auch als für das Ergebnis belastend hätten gebucht werden können. Man trage aber die gewählte Bilanzpolitik mit. Ein Einstieg in den sozialen Wohnungsbau sei von den Freien Wählern nicht gewollt. Dies sei Aufgabe der privaten Wohnungsbetriebe.

Auch StR Späh bezeichnet den Wirtschaftsplan als klar und transparent und begrüßt die ergriffenen Energieeffizienzmaßnahmen, von denen Mieter und Vermieter profitierten.

StR Funk dankt namens der FDP-Fraktion Frau Spieler und bezeichnet den Eigenbetrieb als tolle Sache. Man habe einen Einstieg in ein Gebäudekataster gemacht und solle dieses fortentwickeln. Es sei wichtig zu wissen, wie sich die Gebäudewerte entwickelten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Aufgrund des § 14 des Gesetzes über Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenbetriebsgesetz – EigGB) in der Fassung vom 01. Juli 2004 (Gesetzblatt 469) wird der vorliegende Wirtschaftsplan 2010 (Anlage) wie folgt festgestellt:

1. Erfolgsplan	
Erträge	1.555.000,00 €
Aufwendungen	1.233.000,00 €
Jahresgewinn	322.000,00 €
2. Vermögensplan	
Finanzierungsbedarf (Ausgaben)	930.000,00 €
Finanzierungsmittel (Einnahmen)	930.000,00 €
3. Kreditaufnahme	420.000,00 €
4. Höchstbetrag der Kassenkredite	240.000,00 €

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 258/2009 mit dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann auf den Plan ein und formuliert das Ziel, die Gebühren bis 2011 und möglichst sogar darüber hinaus stabil zu halten. Er weist auf zwei besondere Bereiche hin: Einmal die Erschließung des Gewerbegebiets Flugplatz, dessen Entwässerung auf 50 Hektar ausgelegt werden müsse, was einen neuen Kanal entlang der Nord-West-Umfahrung Richtung AZV-Sammler erfordere. Hierfür sei auch die Retention über den Neuweihergraben Richtung Warthausen sehr aufwendig. Desweiteren nennt er die Regewasserbehandlungsanlage, für die man überlegen müsse, wie die Regenwassermenge, die aufgenommen werden müsse, reduziert werden könne. Dies sei vom AZV im Jahr 2010 zu konkretisieren. Voraussichtlich könne man im nächsten Wirtschaftsplan konkretere Zahlen nennen. Er dankt den Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.

StR Wiest bezeichnet es als erfreulich, dass zunächst Gebührenstabilität aufgrund der Gebührenüberdeckung vergangener Jahre bestehe. Die genannten Maßnahmen könne man politisch wenig beeinflussen, sondern sie seien notwendig und stellten womöglich die Gebührenstabilität in Frage. Als schmerzhaft bezeichnet er es, dass die Verschuldung auf 38 Mio. Euro im Finanzplanungszeitraum ansteige. Er fragt, wie sich die Zukunftsentwicklung gestalten, damit zumindest kein weiterer Anstieg der Verschuldung notwendig werde. Er fragt, ob die Entwässerung von Hofen auch enthalten sei und meint, im folgenden Jahr sei sicher eine Diskussion erforderlich. Der Grundsatzbeschluss sei gefallen und nun seien die Reaktionen der Betroffenen entscheidend. Er dankt allen im Eigenbetrieb Verantwortlichen und signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Plan.

StR Dr. Nuding bezeichnet den Eigenbetrieb als klein aber notwendig. Es würden große Werte im Boden vergraben, die saniert, gepflegt und erneuert werden müssten. Aufgrund der erheblichen Investitionen steige die Verschuldung. Mittelfristig müsse man einen allgemeinen Kanalisationsplan entwickeln. Er fragt, ob es sich bei dem Darlehen um einen Kredit am Markt oder um ein städtisches Darlehen handle. Er dankt den Verantwortlichen in der Kämmerei und im Tiefbauamt und signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion.

Die Eigenbetriebsüberführung sei gut gewesen, meint StRin Goeth. Sie bringe größere Transparenz und Planungen würden klar und schlüssig aufbereitet. Es seien keine unverhältnismäßigen Risiken erkennbar, weshalb die Freien Wähler dankten und dem Plan zustimmten.

StR Späh hebt auf die Entwässerung von Hofen ab, zu der der Gemeinderat einen Beschluss gefasst habe. Man hoffe, dass mit dem Betroffenen befriedigende Lösungen zur Umsetzung gefunden werden könnten. Er dankt den Verantwortlichen und signalisiert die Zustimmung der Grünen zum Wirtschaftsplan.

Er gehe davon aus, dass der Abwasserpreis bis 2014 gehalten werden könne, gibt StR Funk zu verstehen. Falls dem nicht so sei, müsse man dies mitteilen. Die Verschuldung empfinde er nicht als dramatisch, zumal keine Gefahr bestehe, da über Kunden abgerechnet werde. Diskutieren könne man aber darüber, ob die Struktur mit hohem Fremdkapital richtig sei. Beim Eigenkapital müsse man regelmäßig die Eigenkapitalverzinsung anpassen. Er dankt und signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion zum Plan.

BM Kuhlmann stellt klar, der Gemeinderatsbeschluss zur Abwasserbeseitigung Hofen bleibe bestehen. Es sei nur die Frage, ob man die Kosten irgendwie auffangen könne, die auf die Betroffenen zukämen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach für das Wirtschaftsjahr 2010 wird wie folgt beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsplan 2010 wird festgesetzt mit

- | | | |
|-----------|------------------------------------|--------------------|
| 1. | dem Erfolgsplan | |
| | mit einem Gesamtaufwand von | 5.801.000 € |
| | und einem Gesamtertrag von | 5.801.000 € |
| 2. | dem Vermögensplan | |
| | mit Ausgaben von | 4.203.000 € |
| | und mit Einnahmen von | 4.203.000 € |

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf	1.330.000 €
--	--------------------

§ 3

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf	1.475.000 €
--	--------------------

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf festgesetzt.	1.000.000 €
---	--------------------

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 230/2009 zur Beratung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses erfolgte am 14.12.09. Die Beschlussempfehlung ist in Drucksache 230/2009 – 1 dokumentiert, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

Herr Dr. Riedlbauer hebt auf die tiefgreifende und differenzierte Diskussion im Hauptausschuss ab, für die er dankbar sei. Man habe unterschiedliche Blickwinkel beleuchtet und die Vielfalt der Überlegungen sei in die Vorlage eingeflossen. Die Stadthalle verzeichne vielfältige Nutzer, weshalb Ermäßigungsregelungen einer ausgewogenen Balance bedürften. Der Hauptausschuss habe sich für eine Besserstellung örtlicher politischer Parteien und Vereinigungen sowie örtlicher Kirchen und religiöser Vereinigungen ausgesprochen. Mit den vorgeschlagenen Änderungen erhalte man auch eine Harmonisierung der vier Spielorte. Er dankt Frau Leonhardt und Herrn Buchmann für die umfangreiche geleistete Arbeit.

StR Dullenkopf gibt zu verstehen, man habe nicht alle Positionen diskutiert und erhebe nicht den Anspruch, alles überprüft zu haben. Man stimme dem in der Vorberatung erreichten Kompromiss zu. Vermutlich seien auch noch Veränderungen bei anderen Benutzungsordnungen erforderlich, beispielsweise bezüglich der Festhallen der Ortsteile. Wenn man Schwachpunkte erkannt habe, müsse man diese verändern. Man habe erkannt, dass in der Vorlage viel Arbeit stecke.

StR Lemli hält eine regelmäßige Anpassung der Gebühren für erforderlich, wobei sie sozialverträglich sein müssten. Die Kosten stiegen um 20 bis 25% an, was zu hoch erscheine, auch wenn seit Jahren keine Anpassung mehr erfolgt sei. Man müsse den Zusammenhang mit anderen Erhöhungen sehen, die insbesondere Familien und ehrenamtlich Tätige träfen. Man sei in einem Dilemma, denn der Bund verspreche Dinge, die Kommunen finanzieren müssten. Die SPD-Fraktion lehne daher die Vorlage ab und bitte die Verwaltung, eine Umsetzung zu finden, die keine bestimmten Personen oder Institutionen bevorzuge. Er bezeichne noch rechtzeitige Absprachen mit Nutzern als erforderlich und hebt auf die Verlässlichkeit der Verwaltung ab.

StR Zügel meint, die Anpassung erfolge aufgrund einer nachvollziehbaren Kalkulation. Eine gewisse Vereinheitlichung ermögliche es auch den Nutzern, schneller zu erkennen, welche Leistung was koste. Da die Erhöhung dem Kulturbudget zugute komme falle die Entscheidung leichter. Die Einbindung der wichtigsten Nutzer sei erfolgt, weshalb eine zustimmungsfähige Vorlage vorliege. Logisch sei aber auch, dass auch für die Teilorte eine Gebührenerhöhung folgen müsse.

StR Dr. Schmid signalisiert die Zustimmung der Grünen, da die Mehreinnahmen dem Kulturbudget zugute kämen und eine Anpassung an die allgemeine Preisentwicklung erforderlich sei. Man begrüße den gefundenen Kompromiss für politische Parteien. Nicht berücksichtigt seien jedoch die kulturelle Basis sowie Kulturschaffende ohne Vereinsstatus. Er regt an, eine Generalklausel zu formulieren, wonach besonders förderfähige Kulturschaffende auch die Vergünstigungen erhielten. Man wäre mit einer Grundsatzaussage zufrieden, dass die Biberacher Kulturschaffenden angemessen berücksichtigt würden.

StR Funk bemerkt, er habe im Hauptausschuss vorgeschlagen, die Reaktionen der Nutzer wie Dramatischer Verein, TG und anderer abzuwarten, habe sich aber nicht durchgesetzt. Daher stimme die FDP-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu.

StR Keil meint, für Traditionsvereine sei Planungssicherheit wichtig. Eine Absprache unter den Nutzern könne nicht der Normalfall sein und Hausherr bleibe die Stadt. Er macht darauf aufmerksam, dass man in zwei Jahren zwei Oberstufenjahrgänge habe, die gleichzeitig Abitur machten. Daher könne die Stadthalle womöglich für die Abi-Feier schon zu klein sein.

OB Fettback gibt zu verstehen, die von StR Dr. Schmid genannten Gruppen seien schwer zu greifen. Kleinere Gruppen benötigten jedoch in der Regel auch nicht die Stadthalle. Man werde mit allen Kulturschaffenden im Frühjahr ins Gespräch kommen. Falls Nachbesserungen erforderlich würden, könne man erneut den Gemeinderat mit dem Thema befassen. Nicht vergessen dürfe man, dass auch Projektförderungen möglich seien.

StR Dr. Schmid meint, Gruppen wie die "Kehrwöchner" und "Der Springende Punkt" seien nicht berücksichtigt. Dies sei eine kulturpolitische Entscheidung, die er nicht nachvollziehen könne.

Herr Buchmann gibt zu verstehen, mit den Genannten bestehe kein Problem, da sie über den Kabarett Herbst bedient würden, für den klare Regelungen bestünden. Ihm sei kein Fall bekannt, bei dem man nicht geholfen habe.

StR Zügel äußert größtes Verständnis für den Wunsch von StR Dr. Schmid, in einem Regelwerk könne man aber nie alles abbilden, weshalb eine Generalklausel enthalten sei. Er spricht sich für einen Protokollzusatz ohne Gemeinderatsbeschluss aus. Er gibt zu Protokoll, der zuständige Amtsleiter, Herr Buchmann, wisse um die besondere Interessenlage für nichtmitgliedschaftlich organisierte Gruppen.

OB Fettback gibt zu verstehen, er nehme dies gerne als Protokollnotiz auf, dass auch derartige Gruppierungen nach Möglichkeit gefördert würden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 5 Nein-Stimmen (StRe Drews, Kapfer, Kübler, Lemli, Dr. Nuding) 4 Enthaltungen (StRe Braig, Funk, Hagel, Keil) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

1. Der Änderung der Miet- und Nebenkosten für

- a. die Stadthalle Biberach**
 - b. die Gigelberghalle**
 - c. das Komödienhaus**
 - d. die Stadtbierhalle**
 - e. Freiplätze Festplatz Gigelberg, Viehmarktplatz, Spitalhof und Stadtgartenrondell**
- entsprechend Anlagen 1 und 2 von Drucksache Nr. 230/2009 zum 1. Januar 2010 wird zugestimmt.**

2. Die Ermäßigungen werden zum 1. Januar 2010 entsprechend Anlage 9 von Drucksache Nr. 230/2009 mit folgender Abweichung geändert:

- a. **Örtliche politische Parteien und Vereinigungen sowie Kandidaten für Oberbürgermeisterwahlen erhalten künftig einmal pro Jahr eine Ermäßigung der Grundmiete um 75%.**
- b. **Örtliche Kirchen und religiöse Vereinigungen erhalten ebenfalls einmal jährlich eine Ermäßigung der Grundmiete um 75%.**

3. Der Neufassung der Miet- und Benutzungsordnungen für

- a. **die Stadthalle Biberach**
- b. **die Gigelberghalle**
- c. **das Komödienhaus**
- d. **die Stadtbierhalle**

wird entsprechend Anlagen 10 – 13 von Drucksache Nr. 230/2009 mit folgender Abweichung zugestimmt:

In den Miet- und Benutzungsordnungen wird bezüglich der Oberaufsicht der Stadt auf die gesetzliche Regelung verwiesen.

Sie treten am 1. Januar 2010 in Kraft.

TOP 7 Bekanntgaben

OB Fettback dankt dem Gemeinderat für die im abgelaufenen Jahr geleistete Arbeit. Er verweist auf den aufgelegten Weihnachtsbrief, der dokumentiere wie viel gelaufen sei. Alle Welt spreche von der Krise, wenn man jedoch das Jahr Revue passieren lasse, sei man in Biberach weit von einer Krise entfernt. Es handle sich um eine subjektive Zusammenstellung, die aber unter dem Begriff "Ermöglichende Stadt Biberach" zusammengefasst werden könne. Er geht ausführlich auf die aus städtischer Sicht durchgeführten Maßnahmen und Projekte ein, welche die lebendige Stadt Biberach bestens beschrieben.

Großer Dank gebühre der TG für ihren Einsatz beim Gymfestival, dank dem man viel Geld gespart habe und daher weit unter dem Kostenansatz bleiben werde. Dank gebühre auch dem Baubetriebsamt, die viele Veranstaltungen unterstützten. Man habe viel Nachhaltiges bewegt und sich mit Zukunftsplanungen wie dem Neubau der Realschule und dem interkommunalen Gewerbegebiet beschäftigt. Er hoffe, dass letzteres in ein bis zwei Jahren weiterentwickelt werden könne. Es seien jedoch auch viele Maßnahmen und Projekte Dritter durchgeführt worden. Als Beispiel nennt er das neue Laborgebäude von Boehringer Ingelheim.

Den Gemeinderat habe man mit 260 Vorlagen versorgt, die fünf Leitzordner mit 13 kg Gewicht füllten, ohne Zweckverbände und Aufsichtsräte zu berücksichtigen.

Er wünscht allen Frohe Weihnachten und einen guten Start in das neue Jahr.

Es wird applaudiert.

TOP 8.1 Bebauungsplan Radgasse/ Consulentengasse – Bericht des Wochenblatts

StR Dr. Schmid spricht den Bericht im Wochenblatt zum Bebauungsplan Radgasse/ Cosulentengasse an und fragt, was man hier unternehmen müsse. Seines Erachtens müsse man das Thema zu Jahresbeginn offen diskutieren.

OB Fettback erwidert, die Überschrift im Artikel sei falsch und es werde falsch zitiert. Richtig sei, dass der Gemeinderat eine Abwägung getroffen habe, dass der Einzelhandel wichtig und richtig sei. Erstes Bauvorhaben sei im Bebauungsplangebiet das der Firma Kolesch gewesen. Die Klage beziehe sich auf eine Aufstockung, die noch gar nicht erfolgt sei. Man werde das Thema in Ruhe im Jahr 2010 diskutieren.

TOP 8.2 Christkindlespost und Matthias-Erzberger-Schule

StRin Kapfer dankt der Matthias-Erzberger-Schule, die mit 30 Frauen motiviert die Christkindlespost bedient habe.

Es wird applaudiert.

TOP 8.3 Gebührendiskussion Bruno-Frey-Musikschule

StR Abele hebt auf die über die Zeitung geführte Diskussion zu Gebührenerhöhungen in der Jugendmusikschule ab und legt dar, dass die genannten Zahlen nicht richtig seien. Er habe zwei Jungs, die in der Jugendmusikschule unterrichtet würden. Im Jahr 2009 habe er knapp 80 Euro bezahlt und müsse künftig 84 Euro bezahlen und dies für 16 Stunden toller Leistung. Man dürfe keine Diskussion anzetteln, dass diese Angebote elitär seien und von bestimmten Personengruppen nicht mehr wahrgenommen werden könnten. Die Bruno-Frey-Musikschule erbringe eine tolle Leistung und die Gebührenerhöhung sei nicht so hoch wie dies gemeinhin diskutiert werde.

Es wird applaudiert.

StR Braig hält entgegen, die Gebührensituation sei nicht so einfach wie von StR Abele dargestellt. Die Ermäßigungen für Geschwisterkinder seien reduziert worden, was bei bestimmten Familien zu einer Erhöhung von über 40% führe. Sozialermäßigungen seien ein Teil, der über Bildungs- und Betreuungsgutscheine gefördert und einer Lösung zugeführt werden könnten.

OB Fettback bittet es zu vermeiden, unter dem Tagesordnungspunkt "Verschiedenes" politische Statements abzugeben.

TOP 8.4 Kosten Mensaessen

StR Späh bringt vor, die Verwaltung habe mitteilen wollen, wie hoch der Mehrwertsteuersatz für das Mensaessen sei. Er meint, man hätte die Preise reduzieren sollen, um dem neuen Caterer den Neustart zu erleichtern.

EBM Wersch erwidert, das Mensaessen werde zum gleichen Preis angeboten. Er könne nicht erkennen, warum dies ein Nachteil für den Anbieter sein solle. Es sei eher ein Vorteil, da der Anbieter von einem reduzierten Mehrwertsteuersatz profitiere.

TOP 8.5 Terminierung Schützenfest

StR Späh bringt vor, er würde es politisch begrüßen, wenn der Termin für das Schützenfest wie in den letzten Jahren auf Ende Juli gelegt würde. Nach Bericht der Schwäbischen Zeitung obliege diese Entscheidung der Schützendirektion. Er fragt, ob es möglich wäre, dass die Schützendirektion sich über das Votum der Eltern hinweg setze.

OB Fettback bejaht letzteres, da Schützen von der Schützendirektion für die Stadt erbracht werde und die Schützendirektion derartige Fragen entscheide. Die Schützendirektion habe sich intensiv mit dem Thema beschäftigt und er glaube nicht, dass über die Köpfe der Menschen entschieden werde.

TOP 8.6 Schlussworte des ersten ehrenamtlichen OB-Stellvertreters

StR Wiest führt aus, die letzte Sitzung sei anders als bislang oft der Fall gelaufen. Wie gewohnt habe man den Haushaltsplan termingerecht verabschiedet, was auch das Verdienst von Frau Leonhardt sei. Die Entscheidungen und Beratungen seien wie auch insgesamt im Jahr in guter, sachlicher Atmosphäre erfolgt, wenn man auch um manche Entscheidung gerungen habe, wie man dies bei der Stelle Personalentwicklung erlebt habe. Der Haushaltsplan sei als Königsrecht des Gemeinderats immer aufregend und spannend. Er gebe die Generallinie der Politik vor. Dabei sollten keine Gräben bleiben, sondern die Erkenntnis, dass es sich niemand im Gemeinderat leicht mache. Im Wochenblattbericht zum Bebauungsplan Radgasse/ Consulentengasse werde eine Einflussnahme suggeriert, die nicht gegeben sei. Vielmehr bilde sich jeder Gemeinderat sein eigenes Urteil und er sei dankbar dafür, wenn die Verwaltung dies klarstelle.

Man sei in Biberach gut über die Runden gekommen dank potenter Steuerzahler sowie einer wirtschaftlich verantwortungsvollen Politik von Gemeinderat und Verwaltung. Sogar der Neubau einer Realschule sei finanzierbar, was sich derzeit keine andere Kommune im Land leisten könne. Man habe einen großen Verwaltungsapparat, der viel vorbereite und plane, wovon der Gemeinderat nur die Essenz erhalte. Dank gebühre daher allen, die die Entwicklung der Stadt voran getrieben hätten. Dank gelte dem Oberbürgermeister als Verwaltungschef und Vorsitzenden des Gemeinderats. Dies seien sicher mitunter schwierige Aufgaben, der Erfolg in der Bilanz aber sicher größer als der Ärger und Frust. Er dankt EBM Wersch, BM Kuhlmann und Herrn Dr. Riedlbauer, die als Dezernenten die politische Arbeit mittrügen und mitverantworteten. Dank gelte auch allen Mitarbeitern, vor allem den Amtsleitern, die ihre Arbeit wieder engagiert verrichtet hätten. Stellvertretend überreicht er Frau Appel Blumen und Geschenke für ihre Mitarbeiterinnen als Dank und wünscht allen, auch den Ortsvorstehern, alles Gute und frohe Festtage.

Es wird applaudiert.

Gemeinderat, 21.12.2009, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:

OB Fettback

Stadtrat:

Wiest

Stadtrat:

Keil

Schriftführerin:

Appel

Gesehen:

EBM Wersch

Gesehen:

BM Kuhlmann